

Unwirksame Maßnahmen

Pandemie: „Kein Verzicht auf Gottesdienste“, FR-Regional vom 25.3.

Seit mehr als einem halben Jahr feiert die katholische Kirchengemeinde St. Peter und Paul in Wiesbaden wieder (Präsenz-) Gottesdienste. Wir haben im August 2020 unter meiner Mitwirkung ein Schutzkonzept entwickelt und seitdem konsequent angewendet. Wir führen Umfragen von Listen über die TeilnehmerInnen an unseren neun Kirchorten – und, oh Wunder, wir hatten bisher keinen einzigen Corona-Fall in unserer Pfarrgemeinde nach Gottesdienstbesuch. Jedenfalls hat keine Nachverfolgung durch das Gesundheitsamt stattgefunden.

Vor diesem Hintergrund ist die Absicht der Landesregierung, den Besuch der Ostergottesdienste zu untersagen, unverhältnismäßig. Diese Absicht reiht sich ein in die Kette unwirksamer Maßnahmen, gepaart mit Unfähigkeit einzelner Stellen.

Mein Vorschlag zur Eindämmung wäre zum Beispiel, Demonstrationen von 20.000 Maskenverweigerern wie in Kassel zu verbieten. Hier zeigen Politik, VGH und auch Polizei keine besonders guten Leistungen. So lange derart dilettantisch agiert wird, verteidige ich mein Grundrecht auf freie Religionsausübung. Herbert G. Just, Wiesbaden

Gesetze nicht beachtet

Zu: „Botschafter gegen Feiertags-Hotspots“, FR-Regional vom 10. März

Wie lange braucht die Stadt Frankfurt denn noch, um zu begreifen, dass weder Hinweise auf dem Boden noch Kommunikationsoffensive oder der Einsatz von Botschaftern in Zivil gegen die Treffen von Feiernden helfen, die die Coronaregeln ignorieren? Die Regeln und Gesetze gibt's nicht erst seit kurzer Zeit. Jeder hat die Möglichkeit, sich damit vertraut zu machen.

Warum kann nicht frühzeitig eingegriffen werden? Warum muss man warten, bis die Menschenansammlung so groß ist, dass eine große Anzahl von Einsatzkräften zur Auflösung notwendig wird? Mir tun die Polizisten leid, die sich von den Feiernden verhöhnen lassen müssen und dann erst ihre Aufgabe wahrnehmen dürfen.

Lieber OB: Auch ich habe die Schnauze voll. Und zwar davon, wie nachsichtig wir mit Leuten umgehen, die ganz bewusst gegen geltende Gesetze verstoßen und damit dafür sorgen, dass Corona nicht aufhört! Und wir alle deshalb immer länger mit den Einschränkungen leben müssen. Wofür machen wir die Gesetze, die wir dann nicht durchsetzen? Soll es erst wieder zu Zuständen wie im letzten Jahr auf dem Opernplatz kommen?

Annett Wagner, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/demo-kassel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210329.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: frblog.de/garten-02

Es ist Zeit für eine andere Politik

Kommunalwahl in Frankfurt: „Auf der Suche nach der richtigen Koalition im Römer“, FR-Regional vom 19. März

Transformation ist mit CDU und FDP nicht möglich

Bezeichnenderweise tauchen bei Georg Lepperts Pro und Contra der verschiedenen Koalitionsoptionen für die Grünen die Argumente „würde am ehesten dem Willen der Wählerinnen und Wähler entsprechen“ und „die Grünen könnten in dieser Koalition die meisten ihrer Inhalte durchsetzen und das macht sie für die Basis attraktiv“ bei der Option mit der geringsten Wahrscheinlichkeit auf (Grüne-SPD-Linke plus kleine Parteien mit linken Inhalten und zehn Prozent Stimmen). D.h. Wählerwille und Wahlprogramm sind für die grüne Partei nebensächlich.

Die Umfrage bei den Stadtverordneten (FR v. 11.2.) sowie diverse „Wahlprüfsteine“ ergaben eindeutig, dass eine sozial-ökologische Transformation, wenn überhaupt, nur mit Linken, Grünen, SPD (und kleinen Parteien), explizit nicht mit CDU und FDP möglich ist. Zur Bedeutung einer solchen Transformation schreibt der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) unmissverständlich: „Für die deutsche Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ist die kommende Legislaturperiode von beispielloser Bedeutung.“ Sie biete die vermutlich letzte realistische Chance, vorausschauend die entscheidenden Weichen für das Erreichen der gesetzten Ziele zu stellen.

Grüne, die ohne Not mit den Kräften koalieren, die eine sozial-ökologische Transformation blockieren, sind das trojanische Pferd des für unser aller Zukunft jetzt existentiell notwendigen Wandel. Karl Höhn, Frankfurt

Jetzt werden wir sehen, ob die Grünen es ernst meinen

Nun liegt es an den Frankfurter Grünen umzusetzen, was sie im Wahlprogramm stehen haben. Dass das nicht mit der CDU geht, wissen wir sowohl von den vorangegangenen Entscheidungen und Resultaten in Frankfurt, aber auch von der schwarz-grünen Landesregierung. Klimaschutz ist mit CDU und FDP nur möglich, wenn Wirtschaft, Verkehr und Flughafen davon nicht

tangiert werden. Dass Fahrradwege gebaut wurden, die auch auf Kosten des Autoverkehrs gehen, gibt es erst, seit die SPD wieder an der Stadtregierung beteiligt ist. Dies gilt auch für Renovierungen und den ernsthaften Neubau von Schulen und Kitas, genauso wie die klimafreundliche Förderung des öffentlichen Nahverkehrs durch deutliche Senkung der Ticketpreise. Die kulturelle Teilhabe auch sozial benachteiligter Kinder durch kostenlosen Eintritt in die städtischen Einrichtungen gab es unter Schwarz-Grün auch nicht.

Dass CDU und FDP die freie Kulturszene wie zum Beispiel das Klapperfeld regelrecht bekämpfen, sollte bekannt sein. Oper und Schauspiel sollen nach dem Willen der CDU an die Peripherie verlegt werden, um deren wertvolles Innenstadtgrundstück vermarkten zu können. Bauen wollen CDU und FDP auch, aber für Eigentümer. Möglich wäre eine Koalition Grün-Rot-Rot mit Volt. Dies wird nicht der leichte Weg sein, aber der einzige Weg, falls die Grünen ihre Politik ernstlich umsetzen wollen. Friedhilde Scholl, Frankfurt

Wir können nicht stetig weiter zuzubauen

Der Wahlsieg von Grün in Frankfurt dürfte ja wohl das Aus der Verbauung und Besiedelung von wertvollen Ackerflächen, Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsflächen sein. Selbst grüne Zugeständnisse – aus Koalitionsgründen beschlossen – müssten neu verhandelt werden. Eine Katastrophe z. B. ist ein Innovationsquartier in Holz, wie die Grünen als Kompromiss auf dem Kleingartengebiet „Grüne Lunge“ vorgeschlagen haben. Denn auch da wird durch Bauen das Grundwasser abgesenkt und ein Bebauungsplan ohne Tiefgaragen – wie angedacht – geht bei unserer derzeitigen Autogesellschaft kaum.

Es ist ein Trauerspiel, dass derzeit so bedenken- und auch kommentarlos mit der Ressourcenverschwendung durch Bauen umgegangen wird. Wohnraum ist zwar für viele viel zu teuer, aber durch Bauen und nochmals

Bauen dies abzumildern, ist der falsche Weg. Der Ansatz müsste in einer anderen Politik liegen. Sowohl Bundes- als auch Landesregierung und die Städte müssten andere Maßnahmen ergreifen, als Freiräume, Grün- und Landwirtschaftsflächen zu opfern. Dieses Wachsen muss (und wird) ein Ende haben. Dass diese teuren Baumaßnahmen die Not nicht verbessern, sollte eigentlich in die Köpfe eingedrungen sein. Wir können nicht stetig weiter zuzubauen.

Der berühmte Architekt Stefan Forster und wie mir scheint auch die Journalisten der FR, Befürworter der neuen Stadt auf der „grünen Wiese“ mit einer achtspurigen Autobahn als Stadtmitte, verstehen nicht viel von nachhaltigem Wirtschaften. Die Stadt Frankfurt und leider auch die FR reden und schreiben vom Wachstum durch Wohnungsbau, das macht Frankfurt natürlich größer im Städteranking. Ist auch selbstverständlich nach IHK-Geschmack. Für alle Koalitionsparteien zählt die Größe Frankfurts, nicht so sehr die Behaglichkeit der Stadt, nicht so sehr die Verdichtung, die Verbauung von Grünarealen und wertvoller landwirtschaftlicher Fläche. Wenn Behaglichkeitsempfinden von Normalbürgern für die Entscheider und die Fachleute eine größere Dimension ausmachen würde, wäre ein dichtes „Innovationsquartier“ mitten im Grüngürtel und ein neues Stadtviertel auf wertvollem Ackerland nicht möglich. Man muss ernsthaft überlegen, ob die Missstände durch weiteren Verbrauch städtischer Freiräume mit deren Versiegelung gelöst werden können.

Auch die Verdichtung vorhandener Baubereiche kommt bei den Bürgern nicht an. Man stelle sich vor, der unter CDU-Politik zu dünn bebaute Riedberg würde aufgestockt und im Nachhinein verdichtet. Was die dorthin Gezogenen meutern würden!

In einem allerdings hat Forster recht: Einfamilienhäuser zum „Drumherumgehen“ wie auf dem Riedberg sind die Bauweise, die am meisten Fläche versiegelt. Oskar Voigt, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/wahl21

Milliarden ohne Auflagen für die Luftverkehrswirtschaft

Flughafen: „Protest gegen versetzten Landeanflug“, FR-Regional vom 3. März

Ist die Einführung des Anflugverfahrens Segmented Approach nur ein Ablenkungsmanöver der Luftverkehrswirtschaft? Wenn man betrachtet, was dadurch in den Hintergrund der Betrachtung gerät, muss man zu diesem Schluss gelangen. Hat doch die Politik völlig versäumt, um nicht zu sagen, bewusst vermieden, den Empfängern der Corona-Milliarden auch etwas abzuverlangen.

Denkbar wäre gewesen, wie in Frankreich die Inlandsflüge zu beschränken, besser: zu verbieten. Denkbar wäre ebenfalls ge-

wesen, die einem dauerhaften Siechtum unterliegenden, defizitären Regionalflughäfen bei der Förderung auszuklammern und in Ruhe sterben zu lassen. Eine Verpflichtung zur Kooperation mit der Deutschen Bahn und zur Abstimmung dazu, dass auf rentablen europäischen Zielen kein Wettbewerb mehr stattfindet, wäre eine bessere Idee gewesen als nur die jetzt vereinbarten Zubringerdienste. Und auf einem ganz anderen Sektor, dem Luftfrachtbetrieb, muss endlich auch ein Miteinander statt ein Gegen-einander erfolgen. Hier liefern

sich Frankfurt, Köln, Leipzig und Hahn einen ruinösen Wettbewerbs, der in der Vergangenheit nur durch Gewinne im Personentransport ausgeglichen werden konnte. Dieser Teil ist durch Corona weggebrochen, nun werden die Dumpingpreise bei der Fracht zu weiteren Problemen führen. Denn das Frachtaufkommen wird doch als Retter gesehen in Corona-Zeiten. Blöd nur, dass dadurch keine Gewinne, sondern Verluste eingefahren werden. Vielleicht helfen da ebenfalls die Corona-Staats-Milliarden bei der Defizitdeckung.

Also, wenn sich die Bevölkerung über die neuen Betroffenheiten durch Segmented Approach-Anflüge aufregt, treten alle anderen Probleme in den Hintergrund. Das spielt der Luftverkehrswirtschaft und den sie stützenden politischen Kräften in die Hände. Gilt es doch für jene, auf ein „Weiter so“ und ein volles Durchstarten nach der Krise zu setzen, wie der Fliegerboom Richtung Mallorca eben gerade eindrucksvoll belegt. Mein Appell an die interessierte Bevölkerung: Blast denen einfach die Nebelkerzen aus! Kurt Müller, Obertshausen